

Steuern & Wirtschaft aktuell

Für unsere Mandanten, Geschäftspartner und Unternehmen der Region



4 2021

THEMA 1:

Einführung einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen

THEMA 2:

Umsatzsteuerfälle bei der (E-)Bike-Überlassung

THEMA 3:

Digitale Ersthelfer



ABSTOSS & WOLTERS

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Bundestagswahl sind neue Gesetzgebungsverfahren noch in weiter Ferne. Doch allzu lange kann sich die künftige Bundesregierung nicht Zeit lassen, denn bis zum 30.6.2022 muss die Verzinsung von Steuernachzahlungen und -erstattungen neu geregelt werden. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist die Verzinsung mit 6 % pro Jahr in Zeiten von Niedrigzinsen nicht mehr verfassungsgemäß.

Im Juli 2021 haben sich die Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer auf eine historische Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung geeinigt. Ab 2023 sollen große grenzüberschreitend tätige Unternehmen im Ausland mindestens eine Gewinnsteuer von 15 % zahlen. Andernfalls wird der Betriebsausgabenabzug im Inland begrenzt, um diese Besteuerung sicherzustellen. Zudem wird die globale Steuerverteilung angepasst. Riesenkonzerne, insbesondere aus dem Digitalbereich, müssen dann auch in den Staaten Steuern zahlen, in denen sie ihre Dienstleistungen und Produkte verkaufen. Mittlerweile haben mehr als 130 Länder der Ausarbeitung und der Umsetzung dieser Regelungen zugestimmt.

Zu diesen und allen weiteren Themen wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre sowie viele schöne, möglichst sonnige Herbsttage!

Bleiben Sie gesund!
Ihre Anna Elisabeth Braun

INHALT

WICHTIGE FRISTEN UND TERMINE 2021	3
STEUERN	4
Verlängerung der Überbrückungshilfe III Plus und der Neustarthilfe Plus	4
Einführung einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen	4
Änderungen bei den Intrastat-Meldungen zum 1.1.2022	5
Verfassungswidrigkeit des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungszinsen	5
„No-Show-Kosten“ bei Betriebsveranstaltungen	6
Firmenwagenbesteuerung bei Tätigkeit im Homeoffice	6
Steuerliche Risiken beim Influencer-Marketing	7
USA: Steuerreform zur Finanzierung des Infrastrukturpakets	7
Umsatzsteuerfalle bei der (E-)Bike-Überlassung	8
Änderung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Aufsichtsräten	9
Steuerliche Vereinfachung für kleine Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerke	9
Homeoffice-Pauschale, häusliches Arbeitszimmer und doppelte Haushaltsführung	10
RECHT	11
Digitalisierung des Gesellschaftsrechts	11
Verlängerung der gesetzlichen Regelungen zur virtuellen Hauptversammlung	11
JAHRESABSCHLUSS	12
Bilanzielle Rückbeziehung von Sanierungsmaßnahmen	12
Abziehbarkeit der Implementierungsaufwendungen für Software	12
DIGITALISIERUNG	13
Digitale Ersthelfer	13
KURZNACHRICHTEN	14
KOLUMNE „EUROPA AKTUELL“	14
Von Prof. Dr. W. Edelfried Schneider – HLB Deutschland	14
AKTUELLES AUS UNSEREM HAUS	15

WICHTIGE FRISTEN UND TERMINE 2021

November

- 15.11.2021** Antrag auf nachträgliche Herabsetzung der Gewerbesteuervorauszahlungen 2021 bei nachweislich geringeren Gewinnen
- 30.11.2021** Antrag auf Lohnsteuerermäßigung für 2021: Arbeitnehmer können im Rahmen des Lohnsteuerverfahrens einen persönlichen Freibetrag für Werbungskosten beantragen, der den Lohnsteuerabzug reduziert.
- 30.11.2021** Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2020 sowie Beschluss über die Ergebnisverwendung des Geschäftsjahres 2020 für kleine GmbHs. Entsprechende Gesellschaften mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Geschäftsjahr haben zu beachten, dass die Frist zur Feststellung des Jahresabschlusses und für den Beschluss über die Ergebnisverwendung elf Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres endet.

Dezember

- 10.12.2021** Antrag auf nachträgliche Herabsetzung der Einkommen- oder Körperschaftsteuervorauszahlungen 2021 bei nachweislich geringeren Einkünften
- 15.12.2021** Antrag an Kreditinstitute auf Verlustbescheinigungen zu Einkünften aus Kapitalvermögen zwecks Verrechnung dieser Verluste mit anderweitig erzielten positiven Kapitaleinkünften im Rahmen der Einkommensteuererklärung 2021
- 31.12.2021** Abwicklung spezieller Geschäftsvorfälle zur gezielten Gestaltung von handelsrechtlichen Jahresabschlüssen zum 31.12.2021 und steuerlichen Effekten für 2021
- 31.12.2021** Verhinderung der Verjährung von Forderungen, die im Jahr 2018 entstanden und dem Gläubiger bekannt geworden sind, z. B. durch Mahnbescheide oder Tilgungsvereinbarungen mit den Schuldnern
- 31.12.2021** Offenlegung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 beim Bundesanzeiger. Für Kleinstgesellschaften reicht eine Hinterlegung aus.
- 31.12.2021** Antrag zur Strom- und Energiesteuerentlastung für 2020
- 31.12.2021** Anmeldung von Umwandlungen beim Handelsregister: Verschmelzungen, Spaltungen und ähnliche Vorgänge müssen grundsätzlich bis zum 31.8.2021 beim Handelsregister angemeldet werden, um steuerlich ggf. auf den 31.12.2020 zurückwirken zu können. Diese Anmeldefrist wurde aufgrund der Corona-Krise bis zum 31.12.2021 verlängert.
- 31.12.2021** Übermittlung eines länderbezogenen Berichts (sog. Country-by-Country Report) über die Geschäftstätigkeit des Konzerns an das Bundeszentralamt für Steuern. Diese Pflicht betrifft inländische Konzernobergesellschaften, wenn der Konzernabschluss einen Umsatz von mehr als 750 Mio. € ausweist. Bei ausländischen Konzernobergesellschaften sind ersatzweise inländische Konzerngesellschaften verpflichtet.

Hinweis: *Die Übersicht enthält lediglich eine Auswahl an besonderen Fristen. Regelmäßig wiederkehrende Fristen und Termine, z. B. Umsatz- und Lohnsteuervoranmeldungen, Kapitalertragsteueranmeldungen oder auch Zahlungstermine, bleiben zugunsten der Prägnanz ungenannt.*

Für

Gewerbesteuerpflichtige

Arbeitnehmer

Gesellschafter einer kleinen GmbH

Alle Einkommensteuer-/
Körperschaftsteuerpflichtigen
Kapitalanleger

Alle Unternehmen

Alle Unternehmen

Alle offlegungspflichtigen
Unternehmen

Unternehmen des produzierenden
Gewerbes

Unternehmen, die Umstrukturierungen planen

Konzernunternehmen mit einem
Konzernumsatz von mehr als
750 Mio. €

Für Unternehmen und Selbstständige

Die Überbrückungshilfe III Plus und die Neustarthilfe Plus wurden bis zum 31.12.2021 verlängert.

Inhaltlich bleiben die Hilfen im Wesentlichen unverändert. Jedoch entfällt bei der Überbrückungshilfe III Plus ab Oktober 2021 die Restart-Prämie.

Für große Unternehmen

Die Aufteilung von Besteuerungsrechten und die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer wurde von 132 Ländern bewilligt.

Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 20 Mrd. € und einer Umsatzrendite von mehr als 10 % sollen auch in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie ihre Umsätze erzielen.

Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. € sollen künftig mit einem Mindeststeuersatz von 15 % besteuert werden.

Verlängerung der Überbrückungshilfe III Plus und der Neustarthilfe Plus

Der Förderzeitraum für die Überbrückungshilfe III Plus und die Neustarthilfe Plus wurde am 8.9.2021 verlängert. Die ursprünglich bis September 2021 vorgesehene Unterstützung von Unternehmen und Selbstständigen bei coronabedingten Umsatzrückgängen endet nun erst Ende Dezember 2021.

Inhaltlich bleiben die Hilfen im Wesentlichen unverändert (vgl. „Steuern & Wirtschaft aktuell“ Ausgabe 3/2021, Seite 4–5). Allerdings entfällt bei der Überbrückungshilfe III Plus ab Oktober 2021 die sog. Restart-Prämie. Unternehmen, die im Zuge ihrer Wiedereröffnung Personal einstellen oder aus der Kurzarbeit zurückholen, konnten somit nur in den Monaten Juli bis September 2021 einen Zuschuss zu den gestiegenen Personalkosten erhalten.

Einführung einer weltweiten Mindeststeuer für Unternehmen

Im Juli 2021 haben die Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer eine historische Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung beschlossen. Konkret geht es um die Verteilung der Besteuerungsrechte sowie die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer für international tätige Unternehmensgruppen, insbesondere für Digitalkonzerne. Das Konzept basiert auf Entwürfen der OECD und umfasst zwei Säulen, die wir nachfolgend vorstellen. Insgesamt haben bereits 132 Länder der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Regelungen zugestimmt.

Säule 1

Die Regelungen der Säule 1 betreffen multinationale Unternehmen, die einen Umsatz von mehr als 20 Mrd. € erzielen und deren Gewinn vor Steuern mindestens 10 % des Umsatzes ausmacht. Im Fokus sind alle Industrien mit Ausnahme des Finanzdienstleistungssektors und der rohstoffgewinnenden Industrie. Insbesondere werden Digitalkonzerne hiervon betroffen sein.

Ziel der Säule 1 ist es, die Besteuerung der Gewinne in die Länder zu verlagern, in denen die Waren oder Dienstleistungen verkauft oder verbraucht werden. Dafür wird die Besteuerung von Gewinnanteilen in die sog. Marktstaaten verlagert, sobald dort die Einnahmen eine gewisse Größenordnung überschreiten. Diese Umsatzschwelle variiert je nach Größe des Marktstaates und in Abhängigkeit von dessen Bruttoinlandsprodukt zwischen 250.000 € und 1 Mio. €. Sobald diese Schwelle überschritten ist, soll ein Teil des 10 % des Umsatzes übersteigenden Gewinns vor Steuern in dem jeweiligen Marktstaat besteuert werden.

Säule 2

Die Säule 2 regelt die Besteuerung von Konzerngesellschaften, die innerhalb der teilnehmenden Länder nicht mit einem Mindeststeuersatz belastet werden. Dieser soll voraussichtlich 15 % betragen.

Der Mindeststeuer unterliegen Konzerne mit einem konsolidierten Gesamtumsatz von mindestens 750 Mio. €. Der Abzug von Betriebsausgaben für Zahlungen zwischen den Konzerngesellschaften wird begrenzt, wenn diese beim Zahlungsempfänger zu niedrig besteuert werden. Zudem soll eine Befreiung von Quellensteuern nur erfolgen, wenn das betroffene Einkommen effektiv mindestens mit dem Mindeststeuersatz belastet wurde.

Änderungen bei den Intrastat-Meldungen zum 1.1.2022

Intrastat-Meldungen dienen der Erfassung des tatsächlichen Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Unternehmen müssen Warenversendungen und -einträge zentral melden, in Deutschland an das Statistische Bundesamt. Voraussetzung ist, dass bestimmte Grenzen überschritten werden: 500.000 € bei Versendungen in andere bzw. 800.000 € bei Eingängen aus anderen Mitgliedstaaten.

Ab dem 1.1.2022 gibt es Änderungen bei den Intrastat-Meldungen, die teilweise bedeutende Auswirkungen haben:

- Bei den Geschäftsarten, die in jeder Intrastat-Meldung anzugeben sind, wird es eine neue Einteilung geben.
- Bei Versendungen in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Angabe des Ursprungslandes zukünftig verpflichtend. Für Wareneinträge ist diese Angabe bereits jetzt erforderlich.
- Bei Versendungen in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union muss künftig auch die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) des Warenempfängers im Bestimmungsland angegeben werden. Eine Zusammenfassung der zu meldenden Geschäftsfälle wird dann nur noch in wenigen Fällen möglich sein.

Die Angabe des Ursprungslandes sowie der USt-IdNr. des Warenempfängers im Bestimmungsland können bereits jetzt als freiwillige Angaben in den Intrastat-Meldungen erfolgen. Wir empfehlen Ihnen, die IT-Systeme rechtzeitig auf die oben genannten Veränderungen umzustellen.

Verfassungswidrigkeit des Zinssatzes für Nachzahlungs- und Erstattungszinsen

Erfolgen Steuerzahlungen oder -erstattungen später als 15 Monate nach Ablauf des jeweiligen Steuerjahres, sind Zinsen in Höhe von 0,5 % pro Monat bzw. 6 % pro Jahr zu zahlen oder zu erstatten.

Am 8.7.2021 beschloss das Bundesverfassungsgericht, dass die Verzinsung mit 0,5 % pro Monat bzw. 6 % pro Jahr ab dem Verzinsungszeitraum 2014 verfassungswidrig ist. Das Gericht entschied dennoch, dass dieser Zinssatz bis einschließlich 2018 weiter anwendbar ist. Es ist davon auszugehen, dass eingelegte Einsprüche gegen Zinsbescheide für Verzinsungszeiträume bis einschließlich 2018 kurzfristig abgewiesen werden bzw. die Vorläufigkeit von Zinsbescheiden aufgehoben wird. Die Zinsfestsetzung wird dann endgültig und evtl. ausgesetzte Zinsen sind an die Finanzverwaltung zu zahlen.

Für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 ist die Höhe des Zinssatzes aktuell ungewiss. Der Gesetzgeber muss bis zum 31.7.2022 eine Neuregelung schaffen. Laut Bundesfinanzministerium vom 17.9.2021 werden die Finanzämter in neu ergehenden oder geänderten Steuerbescheiden unabhängig vom jeweiligen Besteuerungszeitraum Zinsen für die Zeit ab dem 1.1.2019 zunächst aussetzen. Sobald der Gesetzgeber die Verzinsung neu geregelt hat, werden die Zinsen dann rückwirkend ab dem 1.1.2019 festgesetzt.

Vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergangene Zinsbescheide bleiben weiterhin vorläufig und werden nach der gesetzlichen Neuregelung automatisch angepasst.

Für Unternehmen, die Intrastat-Meldungen abgeben

Die Abgabe von Intrastat-Meldungen ist verpflichtend, wenn bestimmte Grenzen bei Warenversendungen bzw. -einträgen innerhalb der Europäischen Union überschritten werden.

Ab dem 1.1.2022 treten folgende Änderungen in Kraft:

- Neue Einteilung der Geschäftsarten
- Verpflichtung zur Angabe des Ursprungslandes
- Verpflichtung zur Angabe der USt-IdNr. des Warenempfängers im Bestimmungsland

Wir empfehlen Ihnen, die IT-Systeme rechtzeitig umzustellen.

Für alle Steuerpflichtigen

Die Verzinsung von Steuernachforderungen und -erstattungen mit 0,5 % pro Monat bzw. mit 6 % pro Jahr ist für Verzinsungszeiträume ab dem 1.1.2019 nicht mehr erlaubt.

Der Gesetzgeber muss eine Neuregelung schaffen.

Für Arbeitgeber

Für bis zu zwei Betriebsveranstaltungen im Jahr wird Arbeitnehmern jeweils ein Freibetrag von 110 € gewährt.

Der BFH legt auch die sog. „No-Show-Kosten“ für zwar angemeldete, aber nicht erschienene Personen auf die tatsächlich teilnehmenden Arbeitnehmer um.

Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Nach Auffassung des Finanzministeriums Schleswig-Holstein ist die 0,03 %-Regelung auch für Monate mit ausschließlicher Homeoffice-Tätigkeit anzuwenden.

Eine tagesgenaue Erfassung ist nach der 0,002 %-Regelung möglich, allerdings nur bei ganzjähriger Anwendung.

„No-Show-Kosten“ bei Betriebsveranstaltungen

Für bis zu zwei Betriebsveranstaltungen im Jahr wird dem Arbeitnehmer jeweils ein Freibetrag von maximal 110 € gewährt. Soweit die auf den Arbeitnehmer entfallenden Kosten diesen Betrag übersteigen, fließt dem Arbeitnehmer lohnsteuerpflichtiger Arbeitslohn zu. Dieser kann pauschal mit 25 % Lohnsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer versteuert werden; Sozialversicherungsbeiträge fallen dann nicht an.

Bereits seit 2015 ist gesetzlich geregelt, wie die Höhe der Zuwendungen an Arbeitnehmer aus der Teilnahme an einer Betriebsveranstaltung zu ermitteln ist. Demnach werden alle Aufwendungen des Arbeitgebers einschließlich der Umsatzsteuer zusammengerechnet und durch die Anzahl der Teilnehmer geteilt. Der auf Begleitpersonen entfallende Anteil an den Gesamtkosten wird dem jeweiligen Arbeitnehmer zugeordnet.

Fraglich war allerdings, wie sog. „No-Show-Kosten“, also die Kosten für zwar angemeldete, aber nicht erschienene Personen, zu behandeln sind. Dazu entschied der Bundesfinanzhof (BFH) am 29.4.2021 wie folgt: Nehmen angemeldete Arbeitnehmer nicht an einer Betriebsveranstaltung teil, dürfen die auf sie entfallenden Kosten (wie beispielsweise Menüpauschalen) nicht aus den Gesamtkosten der Veranstaltung herausgerechnet werden. Folglich sind für die Prüfung der Einhaltung der Freigrenze von 110 € je Mitarbeiter und Veranstaltung die Gesamtkosten nur auf die tatsächlichen Teilnehmer zu verteilen. Der BFH bestätigt damit die Auffassung der Finanzverwaltung.

Zur Betriebsfeier angemeldete und dann nicht erscheinende Personen können also dazu führen, dass der Freibetrag von 110 € pro Teilnehmer ungeplant überschritten wird.

Hinweis:

Der Dokumentation der tatsächlichen Teilnehmer kommt eine große Bedeutung zu. Arbeitgeber sollten daher entweder Teilnehmerlisten auslegen und von den Teilnehmern abzeichnen lassen oder selbst für eine entsprechende Dokumentation Sorge tragen.

Firmenwagenbesteuerung bei Tätigkeit im Homeoffice

Aufgrund der seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich zugenommenen Homeoffice-Tätigkeit (z. T. deutlich mehr als 50 %) sind Fahrten eines Arbeitnehmers mit einem zur Verfügung gestellten Firmenwagen zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte seltener oder gar nicht angefallen. Es stellt sich daher die Frage, ob in Monaten, in denen der Arbeitnehmer nachweislich ausschließlich im Homeoffice gearbeitet hat, die Anwendung der 0,03 %-Regelung für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte entfallen kann.

Nach Auffassung des Finanzministeriums Schleswig-Holstein vom 21.5.2021 ist die 0,03 %-Regelung auch für diejenigen Monate anzuwenden, in denen der Arbeitnehmer ausschließlich im Homeoffice gearbeitet hat. Begründet wird der zwingende Ansatz damit, dass der Regelung eine pauschalierende Betrachtung zugrunde liegt.

Sofern hierdurch die Realität falsch abgebildet wird, besteht die Möglichkeit, eine Einzelfahrtbewertung nach der sog. 0,002 %-Regelung vorzunehmen. Dann sind für jede tatsächlich durchgeführte Fahrt 0,002 % des Bruttolistenpreises als geldwerter Vor-

teil anzusetzen. Für ein Kalenderjahr darf entweder die 0,03 %-Regelung oder die 0,002 %-Regelung angewendet werden. Dieses gilt unabhängig davon, ob ganzjährig dasselbe Fahrzeug genutzt wird oder unterjährig ein Fahrzeugwechsel erfolgt.

Es besteht die Möglichkeit, unterjährig die Methodenwahl zu ändern. In diesem Fall ist die gewählte Methode rückwirkend ab dem 1.1. des Jahres für die Berechnung des geldwerten Vorteils anzuwenden. Wenn der Arbeitgeber zur Anwendung der 0,002 %-Regelung bereit ist, muss er Aufzeichnungen des Arbeitnehmers über die tatsächlichen Fahrten zum Lohnkonto nehmen. Wenn er die Anwendung dieser Methode für die Lohnabrechnung ablehnt, hat der Arbeitnehmer die Möglichkeit, die 0,002 %-Regelung im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer nachzuholen.

Steuerliche Risiken beim Influencer-Marketing

In Zeiten von Social Media lassen immer mehr Unternehmen ihre Produkte durch Influencer, beispielsweise bei YouTube oder Instagram, bewerben. Die Gegenleistung, die die Influencer dafür erhalten, müssen diese grundsätzlich selbst als Einkommen versteuern. Dies gilt sowohl für Geldleistungen als auch für erhaltene Produkte. Viele Influencer betrachten das Erhaltene jedoch als Geschenk und sind nicht bereit, hierfür Steuern zu entrichten.

Dies kann für betroffene Unternehmen teuer werden, insbesondere wenn die Betriebsprüfung dies rückwirkend für mehrere Jahre aufgreift. Obwohl es sich aus Unternehmenssicht um Werbeaufwendungen handelt, erkennt die Finanzverwaltung die Kosten für die überlassenen Produkte häufig nicht als Betriebsausgaben an. Denn Geschenke mit einem Wert von mehr als 35 € sind steuerlich nicht abziehbar.

Übernimmt das Unternehmen auch noch die Steuer, die eigentlich der Influencer für den Erhalt der Produkte zu zahlen hätte, kostet dies zusätzlich. Insgesamt übersteigen die vom Unternehmen zu tragenden Abgaben dann häufig den Wert der überlassenen Produkte.

Eine Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums zur steuerlichen Behandlung des Influencer-Marketings aufseiten der Unternehmen steht noch aus. Betroffene Unternehmen sollten sich daher im Vorfeld mit dem Influencer und der Finanzverwaltung über die steuerliche Behandlung abstimmen.

USA: Steuerreform zur Finanzierung des Infrastrukturpakets

Am 13.9.2021 hat das US-Repräsentantenhaus den Gesetzentwurf der geplanten Steuerreform veröffentlicht. Zur Gegenfinanzierung des zuvor parteiübergreifend verabschiedeten Infrastrukturpakets sind Steuererhöhungen geplant. Die wichtigsten Änderungen aus Sicht deutscher Unternehmen haben wir nachfolgend zusammengestellt:

- Bei der Körperschaftsteuer wird wieder ein Stufentarif eingeführt (18 % bis 400.000 USD, 21 % bis 5 Mio. USD, darüber 26,5 %). Ab einem Einkommen von 10 Mio. USD soll zudem der Steuervorteil aus den ersten beiden Tarifstufen ratiertlich eliminiert werden (sog. Phase-out).
- Im Jahr 2018 hatten die USA eine Zinsschranke nach deutschem Vorbild eingeführt, die den Zinsabzug auf 30 % des EBIT begrenzt. Nun soll eine weitere (zweite) Zinsschranke vermeiden, dass in international aufgestellten Konzernen (innerhalb der bereits bestehenden 30 %-Beschränkung) eine übermäßige Fremdfinanzierung von US-Einheiten erfolgt.

Die Methodenwahl kann auch unterjährig geändert werden. Die gewählte Methode ist zwingend für das ganze Kalenderjahr anzuwenden, ggf. vom Arbeitnehmer im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung.

Für Unternehmen, die Influencer beauftragen

Influencer kommen ihrer Pflicht, erhaltene Geldleistungen und Produkte zu versteuern, häufig nicht nach.

Beim auftraggebenden Unternehmen wird der Betriebsausgabenabzug für Influencer-Marketing dann nicht anerkannt.

Übernimmt das Unternehmen die Steuerzahlung für den Influencer, entstehen erhebliche Zusatzkosten.

Betroffene Unternehmen sollten sich daher im Vorfeld mit dem Influencer und dem Finanzamt abstimmen.

Für Unternehmer mit Tochtergesellschaften in den USA

In den USA wurde der Gesetzentwurf für die geplante Steuerreform veröffentlicht. Folgende Änderungen sind vorgesehen:

- Wiedereinführung eines Stufentarifs in der Körperschaftsteuer
- Einführung einer zweiten Zinsschranke für international aufgestellte Konzerne

– Verminderung der Vergünstigungen von Exporterträgen aus immateriellen Wirtschaftsgütern (FDII)

– Nachversteuerung von niedrig besteuerten Auslandsgewinnen aus immateriellen Wirtschaftsgütern (GILTI)

Für Arbeitgeber, die ihren Arbeitnehmern ein (E-)Bike überlassen

Die Finanzverwaltung regelt die lohn- und umsatzsteuerlichen Folgen der Überlassung von (E-)Bikes an Arbeitnehmer.

Die Überlassung als Zusatzleistung ist lohnsteuerfrei.

Bei Entgeltumwandlung ist die 1 %-Methode anzuwenden, bei Überlassungen ab 2019 aber nur mit 25 %.

Der Arbeitgeber muss Umsatzsteuer für die Überlassung zahlen. Deren Berechnung ist grundsätzlich nach der 1 %-Methode möglich.

Bei Entgeltumwandlung ist die Umsatzsteuer auf den Barlohnverzicht zu berechnen.

Außerdem ist die Mindestbemessungsgrundlage zu beachten.

- Die begünstigte Besteuerung von Exporterträgen aus der Nutzung immaterieller US-Wirtschaftsgüter (sog. FDII = Foreign Derived Intangible Income) wird abgeschwächt. Solche Einkünfte werden bisher einer niedrigeren effektiven Besteuerung unterworfen, indem pauschal 37,5 % hiervon bei der Einkommensermittlung abgezogen werden. Zukünftig sollen nur noch 21,875 % dieser Einkünfte gekürzt werden dürfen, was eine höhere effektive Steuerlast zur Folge hat. Diese Regelung kollidiert auch weiterhin mit der deutschen Lizenzschranke.
- Die Nachversteuerung von niedrig besteuerten Auslandsgewinnen aus immateriellen Wirtschaftsgütern wird verschärft (sog. GILTI-Einkommen; GILTI = Global Intangible Low-Taxed Income). Der Eingangsfreibetrag wird halbiert. Jede Tochtergesellschaft wird zukünftig isoliert betrachtet. Bei der Einkommensermittlung wird nur noch ein Betrag von 37,5 % (bisher 50 %) der Einkünfte gekürzt.

Die Änderungen sollen zum 1.1.2022 in Kraft treten.

Umsatzsteuerfalle bei der (E)-Bike-Überlassung

Die Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern an Arbeitnehmer erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Häufig erfolgt die Überlassung im Rahmen eines durch den Arbeitgeber abgeschlossenen Leasingvertrags, sodass der Arbeitnehmer von günstigeren Konditionen profitiert.

Das Bayerische Landesamt für Steuern hat am 17.3.2021 eine Verfügung zur lohn- und umsatzsteuerlichen Behandlung der vom Arbeitgeber an Arbeitnehmer zur Privatnutzung überlassenen (Elektro-)Fahrräder herausgegeben. Diese sollte von Arbeitgebern beachtet werden:

Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung

Erfolgt die Überlassung von (Elektro-)Fahrrädern an Arbeitnehmer zur Privatnutzung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn, bleibt der geldwerte Vorteil lohnsteuerfrei.

Im Falle der Überlassung des Fahrrads gegen Verzicht des Arbeitnehmers auf einen Teil seines Bruttoarbeitslohns (Entgeltumwandlung) ist der geldwerte Vorteil mit 1 % der auf volle Hundert Euro abgerundeten unverbindlichen Brutto-Preiseempfehlung des Herstellers zu bewerten. Diese lohnsteuerliche Bemessungsgrundlage wird seit dem Veranlagungszeitraum 2020 für Fahrräder, die erstmals ab dem Jahr 2019 überlassen wurden, mit nur einem Viertel angesetzt.

Umsatzsteuerliche Behandlung der Überlassung

Sofern die Fahrradüberlassung zusätzlich zum geschuldeten Arbeitslohn erfolgt, ist der entstehende Nutzungsvorteil trotz Lohnsteuerfreiheit umsatzsteuerpflichtig. Der Nutzungsvorteil einschließlich Umsatzsteuer darf nach der 1 %-Regelung errechnet werden. Die Umsatzsteuer ist aus diesem Wert herauszurechnen. Die lohnsteuerliche Viertelung der Bemessungsgrundlage gilt für die Berechnung der Umsatzsteuer nicht.

Im Falle einer Entgeltumwandlung ist der Barlohnverzicht die Bemessungsgrundlage für den Nutzungsvorteil. Die Ermittlung der umsatzsteuerlichen Bemessungsgrundlage nach der 1 %-Regelung ist deshalb nach Auffassung der bayrischen Finanzverwaltung unzulässig.

Zusätzlich ist für umsatzsteuerliche Zwecke die sog. Mindestbemessungsgrundlage zu beachten: Sind die zum Vorsteuerabzug berechtigenden Aufwendungen des Arbeitgebers höher als der Betrag der Entgeltumwandlung, stellen diese Aufwendungen die Untergrenze der Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Umsatzsteuer dar.

Änderung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Aufsichtsräten

Aufsichtsratsmitglieder waren aufgrund ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit nach bisheriger Auffassung der Finanzverwaltung stets umsatzsteuerliche Unternehmer. Wurde von ihnen die Umsatzgrenze für sog. Kleinunternehmer (22.000 €) überschritten oder zur Umsatzsteuer optiert, unterlagen die Aufsichtsratsvergütungen der Umsatzsteuer. Nachdem der Europäische Gerichtshof und der Bundesfinanzhof dies infrage gestellt hatten, änderte am 8.7.2021 auch das Bundesfinanzministerium seine Ansicht.

Danach liegt bei Aufsichtsratsmitgliedern nur noch dann eine umsatzsteuerbare Tätigkeit vor, wenn die variablen Anteile der Vergütung mindestens 10 % der Gesamtvergütung betragen. Die nur bei tatsächlicher Teilnahme an Sitzungen gezahlten Sitzungsgelder sowie nach dem tatsächlichen Aufwand bemessene Aufwandsentschädigungen zählen dabei zur variablen Vergütung. Eine für die Dauer der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat gezahlte pauschale Aufwandsentschädigung hingegen gilt als Festvergütung. Reisekostenerstattungen sind keine Vergütung und daher nicht zu berücksichtigen. Die Prüfung der 10 %-Grenze muss für jedes Aufsichtsratsmitglied gesondert erfolgen.

Diese Änderung ist insbesondere bei nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Unternehmen relevant. Durch Vereinbarung von festen Aufsichtsratsvergütungen kann die Umsatzsteuer eingespart werden.

Die neue Regelung ist spätestens ab dem 1.1.2022 anzuwenden. Bis dahin besteht in allen noch offenen Fällen ein Wahlrecht. Unternehmen und Aufsichtsräte sollten die Auswirkungen der Änderung kurzfristig prüfen und ggf. notwendige Anpassungen vornehmen.

Steuerliche Vereinfachung für kleine Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerke

Einnahmen und Ausgaben aus einer kleinen Photovoltaikanlage (bis zu 10 kW) oder einem kleinen Blockheizkraftwerk (bis zu 2,5 kW) müssen künftig auf Antrag nicht mehr in der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Voraussetzung ist, dass sich die Anlage auf bzw. in einem zu eigenen Wohnzwecken genutzten Ein- oder Zweifamilienhaus (einschließlich Garage oder Carport) befindet und nach dem 31.12.2003 in Betrieb genommen wurde. Das gab das Bundesfinanzministerium am 2.6.2021 bekannt.

Dadurch wird die Steuererklärung betroffener Steuerpflichtiger deutlich vereinfacht. Neben den jährlich zu erstellenden Einnahme-Überschuss-Rechnungen entfallen auch die von der Finanzverwaltung angeforderten aufwendigen Prognoserechnungen zum Nachweis einer Gewinnerzielungsabsicht. Erzielte Überschüsse bleiben steuerfrei. Allerdings können evtl. entstehende Verluste auch nicht mehr steuerlich abgezogen werden.

Voraussetzung für die Anwendung der Vereinfachungsregelung ist ein einmaliger schriftlicher Antrag an das zuständige Finanzamt. Dieser gilt nicht nur für das laufende und die künftigen Jahre, sondern auch für alle vergangenen Jahre, in denen Steuerbescheide noch nicht ergangen oder noch änderbar sind. Daher können Steuernachzahlungen und Nachzahlungszinsen anfallen, wenn in der Vergangenheit Verluste aus der Stromerzeugung zunächst vorläufig festgesetzt wurden.

Das neue Wahlrecht betrifft nur die Einkommensteuer. Umsatzsteuerlich gilt unverändert, dass bei Unterschreiten der jährlichen Umsatzgrenzen der sog. Kleinunternehmerregelung (22.000 €) keine Umsatzsteuer anfällt.

Für Unternehmen mit Aufsichtsrat

Die umsatzsteuerliche Behandlung der Vergütungen an Aufsichtsräte hat sich geändert.

Umsatzsteuer fällt nur noch an, wenn mindestens 10 % der Vergütung variabel sind.

Dies kann insbesondere für nicht vorsteuerabzugsberechtigte Unternehmen relevant sein.

Die Neuregelung ist spätestens ab dem 1.1.2022 anzuwenden.

Für Steuerpflichtige mit privaten Photovoltaikanlagen oder Blockheizkraftwerken

Einkünfte aus kleinen Photovoltaikanlagen auf zu eigenen Wohnzwecken genutzten Ein- oder Zweifamilienhäusern oder aus vergleichbaren Blockheizkraftwerken bleiben auf Antrag steuerfrei.

Auch die Steuerklärungen werden dann deutlich einfacher.

Der Antrag gilt immer auch rückwirkend für alle noch offenen Veranlagungszeiträume.

Das neue Wahlrecht gilt nur für die Einkommensteuer. Umsatzsteuerlich ergeben sich keine Auswirkungen.

Für Arbeitnehmer

Im Rahmen der Corona-Pandemie wurde für die Jahre 2020 und 2021 eine Homeoffice-Pauschale von 5 € pro Arbeitstag, maximal 600 € pro Kalenderjahr, eingeführt.

Alternativ können Arbeitnehmer die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer geltend machen.

Hat der Arbeitnehmer während der Corona-Pandemie überwiegend zu Hause gearbeitet, kann er die Kosten für das Arbeitszimmer sogar in vollem Umfang abziehen.

Die Homeoffice-Pauschale kann zusätzlich zu den Kosten einer doppelten Haushaltsführung in Anspruch genommen werden.

Wurde die Zweitwohnung seit Beginn der Corona-Pandemie nicht mehr aufgesucht, kann die berufliche Veranlassung angezweifelt werden.

Homeoffice-Pauschale, häusliches Arbeitszimmer und doppelte Haushaltsführung

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeiten viele Arbeitnehmer im Homeoffice. Um die ihnen hierdurch entstehenden Kosten für Heizung, Wasserverbrauch, Strom etc. zum Teil auszugleichen, wurde für die Jahre 2020 und 2021 die sog. Homeoffice-Pauschale eingeführt. Diese beträgt 5 € pro Arbeitstag und ist auf 120 Arbeitstage pro Kalenderjahr begrenzt, auch wenn tatsächlich mehr Tage im Homeoffice gearbeitet werden. Die Jahrespauschale beträgt somit max. 600 €.

1. Abgrenzung zum häuslichen Arbeitszimmer

Anstelle der Homeoffice-Pauschale können unter bestimmten Voraussetzungen die höheren Kosten eines tatsächlich vorhandenen häuslichen Arbeitszimmers steuerlich angesetzt werden.

Nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums vom 9.7.2021 können die Kosten für das häusliche Arbeitszimmer sogar in vollem Umfang abgezogen werden, wenn der Arbeitnehmer zeitlich überwiegend von zu Hause gearbeitet hat und ihm seitens des Arbeitgebers kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt wurde. Hiervon kann aufgrund der Corona-Pandemie in der Zeit vom 1.3.2020 bis zum 31.12.2021 ausgegangen werden, auch wenn der Arbeitnehmer ohne eine ausdrückliche Anweisung des Arbeitgebers, sondern aufgrund der Empfehlung der Bundes- oder Landesregierung im Homeoffice gearbeitet hat.

2. Ansatz bei doppelter Haushaltsführung

Eine doppelte Haushaltsführung liegt vor, wenn der Arbeitnehmer außerhalb des Ortes, an dem er einen eigenen Hausstand unterhält, beschäftigt ist und am Beschäftigungsort eine zusätzliche Wohnung hat. Die für die Zweitwohnung anfallenden Kosten sind steuerlich absetzbar.

Arbeitet der Arbeitnehmer während der Corona-Pandemie im Homeoffice seiner Zweitwohnung, kann neben den Unterkunftskosten von bis zu 1.000 € pro Monat zusätzlich die Homeoffice-Pauschale von 5 € pro Homeofficetag, max. 600 € pro Kalenderjahr, als Werbungskosten berücksichtigt werden. Dies gilt auch, wenn der Arbeitnehmer von seiner Erstwohnung aus tätig wird.

Die Finanzverwaltung wird in den Jahren 2020 und 2021 besonders genau prüfen, ob die berufliche Veranlassung der doppelten Haushaltsführung noch gegeben ist. Insbesondere bei Arbeitnehmern, die ihren Zweitwohnsitz seit Beginn der Corona-Pandemie nicht mehr aufgesucht haben, kann eine berufliche Veranlassung angezweifelt werden. Sofern sich die arbeitsrechtlichen Grundlagen nicht geändert haben, sollte die doppelte Haushaltsführung aber weiter steuerlich anerkannt werden.

RECHT

Digitalisierung des Gesellschaftsrechts

Die europäische Digitalisierungsrichtlinie wird zum 1.8.2022 in Deutschland umgesetzt. Diese sieht im Bereich des Gesellschaftsrechts ein vermehrtes Angebot digitaler Werkzeuge vor, die die Gründung einer Gesellschaft vereinfachen und sicherer machen sollen. Insbesondere soll neben der Online-Gründung von Gesellschaften auch die Errichtung von Zweigniederlassungen europaweit grenzüberschreitend effizienter ermöglicht werden.

In Deutschland werden dafür Notare künftig zusammen mit ihren Mandanten eine umfassende Möglichkeit zur Videokommunikation erhalten und nach dem Willen des Gesetzgebers vollständig online arbeiten können.

Dies betrifft jedoch zunächst nur die Gründung einer GmbH mit Bareinlagen. Sofern diese Gründung online abläuft, soll das Verfahren binnen fünf Tagen abgeschlossen sein. Voraussetzung ist, dass es sich beim Gründer um eine natürliche Person handelt und ausschließlich Musterdokumente verwendet werden.

Ferner werden zukünftig auch europäische Zweigniederlassungen deutscher Unternehmen im Handelsregister eintragungspflichtig. Diese Eintragungen sollen ab August 2022 ebenfalls vollständig digital erfolgen.

Außerdem soll eine grenzüberschreitende Datenbank zum Informationsaustausch über disqualifizierte Geschäftsführer eingeführt werden, damit europaweit etwaige Bestellungs- hindernisse schon bei der Gründung berücksichtigt werden können.

Fazit:

Offen ist, wie schnell auf die rechtliche Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie auch eine technische Realisation bei den Gerichten und Notaren folgt.

Verlängerung der gesetzlichen Regelungen zur virtuellen Hauptversammlung

Im Zuge der Corona-Pandemie hatte der Gesetzgeber ein umfangreiches Maßnahmenpaket verabschiedet, das u. a. eine Abweichung von der bisherigen Präsenzplicht bei Hauptversammlungen vorsieht. Diese ursprünglich bis Ende 2021 geltenden Regelungen wurden nun bis zum 31.8.2022 verlängert, um auch in der Hauptversammlungssaison 2022 eine (rechts-)sichere virtuelle Durchführung zu ermöglichen.

Hiermit werden auch einige kritisch gesehene Regelungen zum Rede- und Fragerecht im Jahr 2022 anwendbar bleiben. So kann beispielsweise vorgesehen werden, dass Fragen der Aktionäre bis zu zwei Tage vor der Versammlung einzureichen sind und andernfalls nicht berücksichtigt werden. Auch die Äußerungsmöglichkeiten von Aktionären im virtuellen Raum können stark begrenzt werden.

Nach der genannten Übergangslösung wird in der kommenden Legislaturperiode eine Reform des Rechts der Hauptversammlung erwartet. Als sicher erscheint, dass auch künftig von der generellen Präsenzplicht abgewichen wird. Inwiefern die übrigen Änderungen über 2022 hinaus bestehen bleiben, ist unklar.

Für alle, die eine Gesellschaft gründen

Ab dem 1.8.2022 sollen Gründungen von Gesellschaften auch in Deutschland online möglich werden.

Die Bargründung einer GmbH soll vollständig virtuell binnen fünf Tagen erfolgen können.

Europäische Zweigniederlassungen sind künftig im Handelsregister einzutragen.

Auch eine Datenbank zum Informationsaustausch über disqualifizierte Geschäftsführer ist geplant.

Für Vorstände und Aktionäre einer AG

Die coronabedingte Ausnahme von der Präsenzplicht bei Hauptversammlungen gilt vorerst bis zum 31.8.2022.

In der kommenden Legislaturperiode wird voraussichtlich ein umfassendes Reformpaket zur Regelung von Hauptversammlungen vorgelegt.

Schon jetzt können Gesellschaften in ihren Satzungen virtuelle Hauptversammlungen regeln.

Für bilanzierende Unternehmen

Nach dem Bilanzstichtag eingeleitete Sanierungsmaßnahmen sind grundsätzlich nicht bilanziell rückzubeziehen.

Unter den nebenstehenden Voraussetzungen ist eine Rückbeziehung von Sanierungsmaßnahmen jedoch zulässig.

Für alle Unternehmen

Kosten für die Implementierung von Software sind grundsätzlich zu aktivieren.

Besteht aber an der Software lediglich ein Nutzungsrecht, nicht aber ein

Abseits der gesetzlichen Reformbestrebungen eröffnet der Gesetzgeber den Gesellschaften schon jetzt die Möglichkeit, über die eigene Satzung weitreichende Regelungen für virtuelle Hauptversammlungen zu treffen. Damit kann schon frühzeitig (Rechts-)Sicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.

JAHRESABSCHLUSS

Bilanzielle Rückbeziehung von Sanierungsmaßnahmen

Für die Bilanzierung und Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden gilt im Handelsrecht grundsätzlich das Stichtagsprinzip. Danach ist stets zwischen wertaufhellenden und wertbegründenden Ereignissen zu differenzieren.

Eine nach dem Bilanzstichtag eingeleitete Sanierungsmaßnahme (z.B. Vereinbarung über einen Forderungsverzicht) stellt ein wertbegründendes Ereignis dar und findet daher zum Bilanzstichtag grundsätzlich keine Berücksichtigung.

Unter bestimmten Voraussetzungen ist jedoch eine nach dem Bilanzstichtag durchgeführte Sanierungsmaßnahme auf den Bilanzstichtag zurückzubeziehen und schon im Jahresabschluss zu erfassen.

Eine Rückbeziehung setzt voraus, dass folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Durch die Maßnahme entsteht kein ausschüttungsfähiger (Bilanz-)Gewinn, d.h., die Sanierungsmaßnahme muss ausschließlich auf den Ausgleich von Verlusten gerichtet sein.
- Die Maßnahme ist spätestens bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses rechtswirksam geworden.
- Die Maßnahme wird im Anhang erläutert.

Abziehbarkeit der Implementierungsaufwendungen für Software

Das Finanzgericht (FG) München entschied am 4.2.2021, dass Kosten für die Herstellung der Betriebsbereitschaft einer Software (sog. Implementierungskosten) als Aufwand zu behandeln und sofort abzugsfähig sind, wenn die Software selbst nicht aktivierungsfähig ist.

Im Urteilsfall wurde eine IT-Beratungsgesellschaft mit der Überlassung einer von ihr entwickelten branchenspezifischen SAP-Systemlandschaft beauftragt. Das beauftragende Unternehmen erhielt hieran ein Nutzungsrecht gegen laufende Lizenzzahlungen, die unstreitig als Betriebsausgaben abgezogen werden konnten.

Außerdem wurde die IT-Beratungsgesellschaft mit der Implementierung der Software gegen eine Einmalzahlung beauftragt. Das Finanzamt wollte die Implementierungskosten als Anschaffungsnebenkosten der branchenspezifischen Software aktivieren.

Nach Auffassung des FG München ist durch die Software-Implementierung kein eigenes Wirtschaftsgut entstanden. Deshalb muss sich die steuerliche Beurteilung der Implemen-

tierungskosten an der steuerlichen Behandlung der SAP-Systemlandschaft orientieren. Daran hat das beauftragende Unternehmen kein aktivierungsfähiges Eigentum, sondern lediglich ein Nutzungsrecht gegen laufende Lizenzzahlungen erworben. Deshalb sind auch die Implementierungskosten nicht aktivierungsfähig und folglich sofort als Betriebsausgabe abziehbar.

DIGITALISIERUNG

Digitale Ersthelfer

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat das Konzept eines dezentralen Unterstützungsnetzwerks als Anlaufstelle für Hilfesuchende bei Cyberangriffen entworfen – das Cyber-Sicherheitsnetzwerk. Mit seinen aufeinander aufbauenden Eskalationsstufen und einer darüberliegenden Rettungskette entspricht dieses Konzept der Struktur und Systematik anderer Rettungskonzepte. Ein einfacher Zugang zu dieser Hilfeleistung soll die Akzeptanz erleichtern und schnelle Hilfe ermöglichen.

Anders als bei einer IT-Störung wird ein IT-Sicherheitsvorfall durch bewusstes Handeln eines Angreifers ausgelöst. Dessen Ziel ist es, sich Informationen widerrechtlich anzueignen oder Schaden anzurichten. Beispiele sind die Verschlüsselung von Daten (Ransomware) oder deren Manipulation sowie der Identitätsdiebstahl. Mögliche gravierende Folgen machen sich teilweise erst zu einem späteren Zeitpunkt bemerkbar.

Ein Digitaler Ersthelfer hat die Aufgabe, bei IT-Sicherheitsvorfällen eine qualifizierte Einschätzung des Vorfalls abzugeben und den Betroffenen Erste Hilfe bei kleineren IT-Sicherheitsvorfällen zu leisten sowie Handlungsempfehlungen auszusprechen.

Digitale Ersthelfer können sowohl Unternehmen, wie IT-Sicherheitsdienstleister oder Computerfirmen, als auch Privatpersonen sein, die ihre Qualifizierung durch eine Schulung sowie einen erfolgreich besuchten Prüfungsworkshop nachgewiesen haben und beim Cyber-Sicherheitsnetzwerk registriert sind.

Als Begleitmaterial stellt das BSI den Digitalen Ersthelfern einen Leitfaden zur Verfügung.

Wir empfehlen Ihnen, sich mit dem Cyber-Sicherheitsnetzwerk vertraut zu machen, um ggf. schnell darauf zugreifen zu können. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter BSI – Cyber-Sicherheitsnetzwerk (bund.de).

aktivierungsfähiges Eigentum, so sind die Kosten für die Software-Implementierung als Aufwand sofort abziehbar.

Für alle Unternehmen

Digitale Ersthelfer unterstützen Hilfesuchende bei der Behebung von IT-Sicherheitsvorfällen.

Beispiele für solche Vorfälle sind die Verschlüsselung von Daten (Ransomware), der Identitätsdiebstahl oder die Manipulation von Daten.

Die Digitalen Ersthelfer sollen erste Einschätzungen von Vorfällen abgeben, Erste Hilfe leisten und Handlungsempfehlungen aussprechen.

KURZNACHRICHTEN

Die Finanzverwaltung warnt aktuell vor betrügerischen, angeblich vom Bundeszentralamt für Steuern versandten E-Mails.

Die Finanzverwaltung warnt aktuell vor betrügerischen E-Mails, die im Namen des Bundeszentralamtes für Steuern versendet werden. Die Betrüger verwenden als Absender die E-Mail-Adresse „steuerzahler@bzst.tax-official.com“ oder ähnliche, um den Empfängern Seriosität vorzutäuschen. Die Steuerpflichtigen sollen dann den Anweisungen der E-Mail folgen. Ziel der Betrüger ist es, an Informationen von Steuerpflichtigen zu gelangen. Es wird ausdrücklich davor gewarnt, auf die Betrugsmails zu reagieren oder etwa den Link in der E-Mail zu öffnen. Sollten Sie Zweifel an der Richtigkeit einer solchen E-Mail haben, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Bundeszentralamt für Steuern auf. Dort erhalten Sie Informationen darüber, wie Sie sich am besten verhalten.

EUROPA AKTUELL

Der gläserne EU-Bürger? – Pläne für ein EU-Vermögensregister!

Bereits am 16. Juli 2021 hat die DG FISMA der Europäischen Kommission ein Ausschreibungsverfahren für eine Machbarkeitsstudie zur Einrichtung eines europäischen Vermögensregisters gestartet – dies im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Es hat einige Wochen gedauert, bis diese Initiative in der Presse allgemein bekannt wurde. Der Shitstorm ist gigantisch. Vom Verlust der Persönlichkeitsrechte, von bürokratischem Voyeurismus, totaler Überwachung und massiven Verstößen gegen den Datenschutz bis hin zum prognostizierten Ende der EU ist die Rede. Der Kommissionspräsidentin von der Leyen wird Kontrollverlust vorgeworfen und rechtspopulistische Kreise wittern die „Re-Etablierung des Kommunismus unter anderem Namen“. Als Stakeholder des Projektes werden neben den fachlichen Behörden NGOs, Banken und IT-Provider genannt. Der betroffene private Sektor scheint nicht in die Studie eingebunden zu werden.

Die Studie soll Wege aufzeigen, wie die vorhandenen Register flexibel und produktiver verknüpft werden können, um die Arbeit der strafverfolgenden Behörden zu erleichtern. Darüber hinaus ist auch an die Schaffung von neuen Registern, z. B. zur Erfassung von Kryptoassets, und an die Erweiterung des „Beneficial Ownership“, also die Offenlegung der letztbegünstigten Person, gedacht.

Mit etwas Abstand wird man zwei Dinge festhalten können:

1. Der Kampf gegen Geldwäsche, Korruption, Terrorfinanzierung und Steuerhinterziehung steht bei vielen Bürgern und Organisationen als notwendige Maßnahme hoch im Ansehen. Die EU hat in den vergangenen Jahren diverse Richtlinien in diesem Zusammenhang herausgegeben; der Erfolg zur Eindämmung der Machenschaften im krimi-

nellen Finanzwesen lässt jedoch auf sich warten. Daher kann eine solche Initiative für ein zentrales Vermögensregister nicht überraschen, die Art der verdeckten Ankündigung und das beschriebene Vorgehen sind jedoch eindeutig abzulehnen.

2. Im Geschäftsleben haben wir uns an viele Register gewöhnt: vom Grundbuch über das Handelsregister und Unternehmensregister bis hin zum neuen Stiftungsregister. Den Nutzen dieser Einrichtungen möchten wir keinesfalls missen.

Mit dem kürzlich eingeführten Transparenzregister verbindet sich allerdings einige Kritik und wir müssen aufpassen, dass tragende Prinzipien zum Schutz der Privatsphäre, wie z. B. das Steuer- und Bankgeheimnis, gewahrt bleiben. Eine geschützte Privatsphäre ist eine der maßgebenden Säulen für ein friedliches Miteinander der Bürger.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Asset-Register-Initiative erfahren, weil sie mit der Ankündigung einer europäischen „AML Authority“ verknüpft wurde. Diese Behörde soll ab 2023 aufgebaut und im Jahr 2026 mit der aktiven Überwachung der nationalen Geldwäscheprävention beginnen. Die Notwendigkeit einer solchen Behörde ist nicht ersichtlich, sodass in der Gesamtschau die Kritik an den Plänen der EU verständlich ist. Das EU-Parlament ist aufgerufen, dem Vorhaben Einhalt zu bieten.



Professor Dr. W. Edelfried Schneider
Wirtschaftsprüfer
Past President Accountancy Europe

AKTUELLES AUS UNSEREM HAUS

Nachhaltigkeitsberichterstattung im Fokus der EU-Gesetzgebung – Auswirkungen auf deutsche Unternehmen

Die Ursprünge der Nachhaltigkeit liegen in Deutschland über 300 Jahre zurück. Um 1700 legte Carl von Carlowitz ein grundlegendes naturwissenschaftliches Werk über die Forstwirtschaft vor und formulierte darin erstmals das Prinzip der Nachhaltigkeit. Die Botschaft war in ihrem Kern einfach: Es dürfe nicht mehr Holz gerodet werden als nachwachsen, um den Wald im Bestand nicht zu gefährden.

Die Bedeutung von Nachhaltigkeit hat sowohl national als auch international in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Gesellschaft erwartet heute in verstärktem Maße, dass Unternehmen verantwortungsbewusst handeln und neben ihren ökonomischen Aktivitäten auch soziale und ökologische Verantwortung übernehmen. Vor allem große Unternehmen stehen dabei aufgrund ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz im Fokus.

Bereits seit 2017 sind große kapitalmarktorientierte Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungen in der EU dazu verpflichtet, über nichtfinanzielle Aspekte zu berichten. In Deutschland sind davon bislang nur rund 500 Unternehmen betroffen.

Der im April 2021 von der EU-Kommission veröffentlichte EU-Richtlinienentwurf zur Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) gibt Nachhaltigkeitsaspekten eine ganz neue Bedeutung im Rahmen der Unternehmens-

berichterstattung. Nach dem ambitionierten Zeitplan ist eine erstmalige Berichterstattung bereits für das Geschäftsjahr 2023 vorgesehen. Durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs würden allein in Deutschland zukünftig rund 15.000 Unternehmen von der nichtfinanziellen Berichtspflicht erfasst werden. Erwartet wird zudem, dass sich auch viele KMU, z.B. Lieferanten von Großunternehmen, zur Nachhaltigkeitsberichterstattung de facto veranlasst sehen werden.

Zentrale Vorschläge sind die abschließliche Verortung der Nachhaltigkeitsinformationen im Lagebericht sowie die Möglichkeit, auf europäischer Ebene detaillierte Berichtsstandards zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten verbindlich zu regeln. Zur Sicherung der Zuverlässigkeit der Nachhaltigkeitsdaten sollen neben unternehmensinternen Vorgaben insbesondere die externe Prüfungspflicht und ein Enforcement durch die nationa-

len Finanzmarktaufsichten eingeführt werden. Endgültige Regelungen werden (bestenfalls) Ende 2022 vorliegen. Unklar ist z.B., ob neben der an sich verpflichteten rechtlichen Einheit auch ein Konzern verpflichtet ist, die Berichterstattung im Konzernlagebericht vorzunehmen, wenn in den Konzern große Gesellschaften einbezogen sind, die im Einzelabschluss aufgrund von Erleichterungen keinen Lagebericht erstellt haben (sofern § 315b HGB nicht ohnehin einschlägig ist).

Vor diesem Hintergrund haben wir zusammen mit Kollegen unseres HLB-Netzwerks die „Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit“ mit dem Ziel gebildet, in der nächsten Zeit über die neuen Anforderungen für mittelständische Unternehmen systematisch zu informieren, bei der Vorbereitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung als Sparringspartner zur Verfügung zu stehen und die Nachhaltigkeitsberichte dereinst als Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Unser Partner WP Dr. Marc Richard, CVA, ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe und steht Ihnen für Fragen gern zur Verfügung.

Merkmale	Aktuelle Rechtslage	Voraussichtlich ab 2023
Berichtspflicht	Große kapitalmarktorientierte Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungen	Alle kapitalmarktorientierten Unternehmen (KMU ab 2026, Kleinstunternehmen ausgenommen), Kreditinstitute und Versicherungen sowie große nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen
Mitarbeiterzahl	> 500 Mitarbeiter	> 250 Mitarbeiter

A&W – Partner fürs China-Geschäft

Für Unternehmen aus unserem Mandantenkreis, die ihre Kontakte nach China aus- oder aufbauen wollen, gibt es eine neue Anlaufstelle: Über A&W können diese ab sofort auf die Dienstleistungen der HLB Germany – China Service Group zugreifen. A&W ist seit vielen Jahren Teil des globalen HLB-Netzwerks aus unabhängigen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften. Das Netzwerk hat mittlerweile große Expertise im Chinageschäft aufgebaut. Wir freuen uns über die Erweiterung unseres internationalen Beratungsangebots. Als Ansprechpartner in unserem Haus steht Ihnen insbesondere unser Partner WP/StB Markus Jansen gern zur Verfügung.

HLB-Befragung von Unternehmensleitern zu Innovationen

Innovative Unternehmen sind die Treiber unserer Wirtschaft. Eine zukunftsorientierte Gestaltung von Produkten und Prozessen ist wichtiger denn je, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Das HLB-Netzwerk führt aktuell eine weltweite Unternehmensbefragung über die Nutzung von Innovationen durch („HLB survey of business leaders questionnaire“). Wir würden uns sehr über Ihre Unterstützung bei der Datenerhebung freuen. Die Befragung nimmt maximal 10 Minuten in Anspruch. Bitte nehmen Sie unter dem folgenden Link teil:

<https://www.hlb.global/business-leaders-questionnaire>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Abstoß & Wolters GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Wallstraße 20
41061 Mönchengladbach
Telefon +49 2161 923-0
Telefax +49 2161 923-123
kanzlei@abstoss-wolters.de

ÜBER UNS

Im Jahr 1927 gegründet zählt A&W zu den ältesten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Deutschlands und zu den führenden mittelständischen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen. Mit einem Team von rund 40 Mitarbeitern bieten wir unserem überwiegend aus mittelständischen Familienunternehmen bestehenden Klientel umfassende Beratung in allen betriebswirtschaftlichen, gesellschafts- und steuerrechtlichen Fragen.

Zudem sind wir unabhängiges Mitglied von HLB Deutschland, einem Netzwerk unabhängiger Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften. 233 Partner sowie 1.898 Berufsträger und fachliche Mitarbeiter an 35 Standorten kümmern sich um die Belange der meist mittelständischen Mandanten. HLB Deutschland wiederum ist Teil von HLB International, dem internationalen Netzwerk. Mit 795 Büros in 158 Ländern sind wir mit 29.363 Mitarbeitern für unsere Kunden in allen bedeutenden Wirtschaftszentren rund um den Globus präsent.



Alle Informationen und Angaben in diesem Rundschreiben haben wir nach bestem Wissen zusammengestellt. Sie erfolgen jedoch ohne Gewähr. Die Informationen in diesem Rundschreiben sind als alleinige Handlungsgrundlage nicht geeignet und können eine konkrete Beratung im Einzelfall nicht ersetzen. Wir bitten Sie, sich für eine verbindliche Beratung bei Bedarf direkt mit uns in Verbindung zu setzen. Durch das Abonnement dieses Rundschreibens entsteht kein Mandatsverhältnis.

Redaktionsschluss: 18.10.2021

Abstoß & Wolters is an independent member of HLB, the global audit, tax and advisory network.

KONTAKT

Ihre Ansprechpartner zu Fragen zu Steuern und Wirtschaft:

Ludwig Quacken

Wirtschaftsprüfer
Steuerberater
E-Mail: quacken@abstoss-wolters.de

Anna Elisabeth Braun

Wirtschaftsprüferin
Steuerberaterin
E-Mail: braun@abstoss-wolters.de

Markus Jansen

Wirtschaftsprüfer
Steuerberater
E-Mail: m.jansen@abstoss-wolters.de

Dr. Marc Richard

Wirtschaftsprüfer
Certified Valuation Analyst
E-Mail: m.richard@abstoss-wolters.de